

Die Sorgen der Deutschen

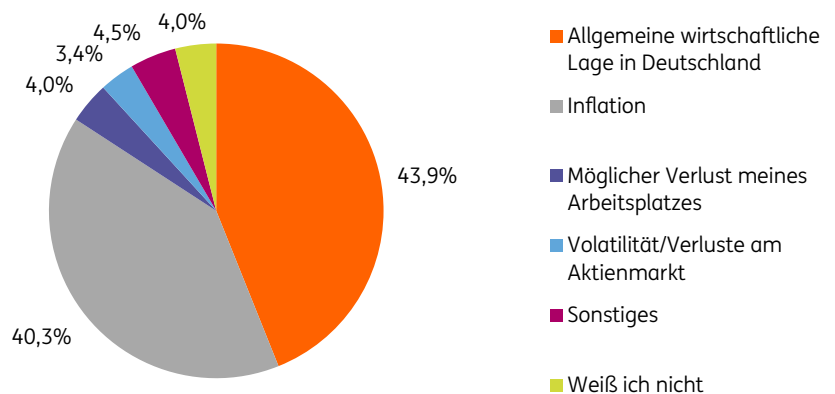
Allgemeine wirtschaftliche Lage und Ukraine-Krieg führen die Ranglisten der Sorgen um die eigene finanzielle Situation bzw. die weltpolitische Lage an

Unsicherheit ist das Wort der Stunde. Eine heimische Volkswirtschaft, die irgendwo zwischen Mini-Wachstum und technischer Rezession hin und her pendelt, dazu weltweite Krisenherde, die nicht nur für sich genommen besorgniserregend genug sind, sondern auch das Potenzial haben, beispielsweise über Rohstoffpreise die ökonomische Lage weiter zu komplizieren. Im Kleinen wie im Großen, also im Hinblick auf den eigenen Geldbeutel wie auch auf die weltpolitische Lage, scheint völlig unklar, wohin die Reise geht.

Im Rahmen einer aktuellen ING-Umfrage wurden deutsche Verbraucher befragt, was ihnen Sorgen im Hinblick auf ihre eigene finanzielle Lage bereitet und wie sie darauf reagieren. Aber auch die Geopolitik war Thema – welche Konflikte ängstigen die Deutschen und wie stehen sie zu einer Aufstockung der Verteidigungsausgaben?

- **Die allgemeine wirtschaftliche Lage ist für 44 Prozent der Befragten der wichtigste Grund für Sorgen um die eigene finanzielle Situation.** Dicht dahinter folgt die Angst vor Preissteigerungen. Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz sind selten.
- **Egal, worüber deutsche Verbraucher sich Sorgen machen – mehr zu sparen und weniger auszugeben ist für viele die Antwort darauf.** Für jeden ausgewählten Grund zur Besorgnis um die eigene finanzielle Lage ist eine dieser beiden Reaktionen die meistgenannte.
- **Mit Blick auf die Weltpolitik wird als größter Unsicherheitsfaktor weiterhin der Krieg in der Ukraine betrachtet,** den gut ein Drittel der Befragten nennt. Auf Platz zwei folgt mit über einem Viertel der Stimmen die Politik der US-Regierung.
- **Trotz Reform der Schuldenbremse – eine kreditfinanzierte Aufstockung der Verteidigungsausgaben wird kritisch gesehen.** Mehr Geld für andere staatliche Aufgaben ist den Deutschen wichtiger. Und wenn der Verteidigungshaushalt schon ansteigt, will eine Mehrheit dafür keine neuen Schulden aufnehmen.

Abb. 1 „Worüber machen Sie sich in Bezug auf Ihre eigene finanzielle Situation derzeit die größten Sorgen?“



Inflation ist der wichtigste konkrete Aspekt, aber allgemeine Besorgnis dominiert

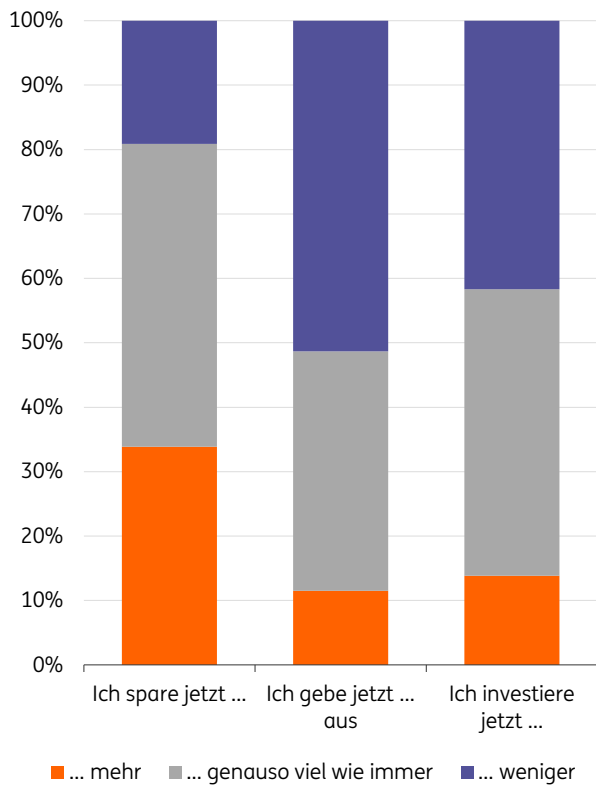
Während Frühindikatoren aus der Wirtschaft wieder vorsichtigen Optimismus zeigen, bleibt die Stimmung unter den Verbrauchern im Keller. Das Konsumklima hat sich zwar seit den Tiefstwerten während der Rekordinflation des Jahres 2022 wieder etwas erholt, liegt aber immer noch ungefähr auf dem Niveau, das in der Frühphase der Corona-Pandemie den damaligen Tiefstwert markierte.

Der durch Pandemie, Ukraine-Krieg und Rekordinflation hinweg stabile Arbeitsmarkt zeigt mittlerweile doch erste Anzeichen von Schwäche. Und die Inflation hat sich zwar dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2 Prozent angenähert; dennoch liegt die Kaufkraft trotz Reallohnzuwächsen der jüngeren Vergangenheit noch nicht wieder auf dem Vor-Pandemie-Niveau. Und insbesondere der Konflikt im Nahen Osten hat das Potenzial, durch steigende Energiepreise auch die unter Kontrolle geglaubte Inflation wieder anzuzünden.

Angesichts dieser Gemengelage erscheint es nachvollziehbar, dass sich eine Mehrheit der Verbraucher nicht auf einen einzelnen ökonomischen Aspekt festlegen will, der im Hinblick auf die eigene finanzielle Situation Besorgnis verursacht. So nennen 44 Prozent an dieser Stelle die allgemeine wirtschaftliche Lage.

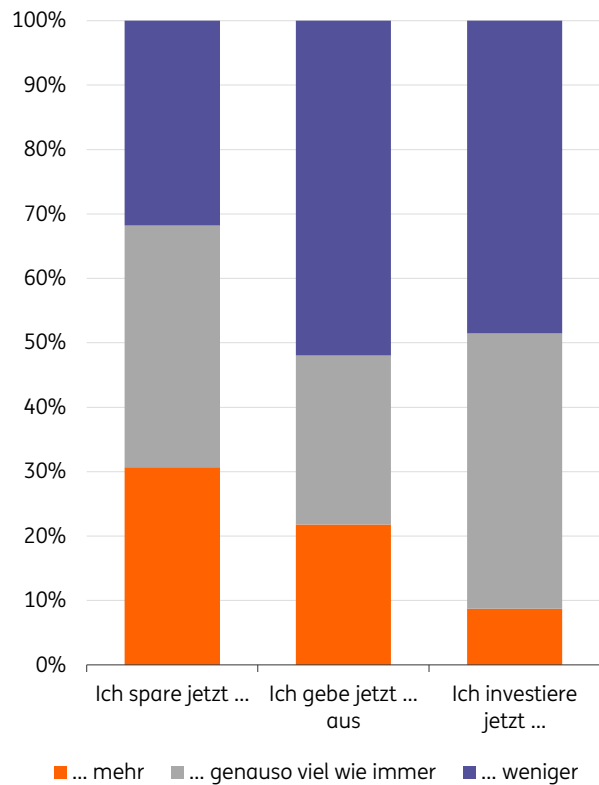
„Vorsichtssparen“ ist ein Schlagwort, das von jeher die deutschen Konsumenten charakterisiert. Und so verwundert es denn auch nicht, dass es unter diesen 44 Prozent hoch im Kurs steht, den Gürtel enger zu schnallen und mehr auf die hohe Kante zu legen: 51 Prozent geben an, ihre Ausgaben zu reduzieren, und fast ein Drittel spart mehr.

Abb. 2 „Inwieweit beeinflusst die Unsicherheit bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland Ihr Verhalten in Bezug auf die folgenden Aspekte?“



Quelle: ING Consumer Research

Abb. 3 „Inwieweit beeinflusst die Unsicherheit bezüglich der Inflation Ihr Verhalten in Bezug auf die folgenden Aspekte?“



Quelle: ING Consumer Research

Macht man sich hingegen Sorgen um steigende Preise, ist Sparen eher keine passende Strategie, da die Geldentwertung die Kaufkraft des angesparten Guthabens auffrisst, wenn der Zinssatz nicht höher als die Inflationsrate sein sollte. Und in der Tat zeigt sich

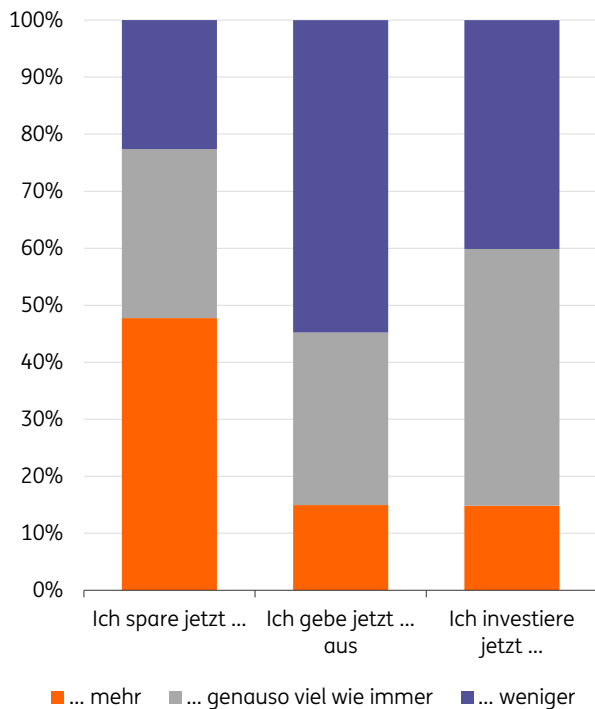
unter den 40 Prozent mit Inflationsängsten der höchste Anteil derer, die weniger sparen, und der niedrigste Anteil derer, die mehr sparen. Nur in dieser Gruppe gibt es mehr „Wenigersparer“ als „Mehrsparer“, wenn auch nur mit einer geringen Differenz.

Nur wenige machen sich konkrete Sorgen um ihren Arbeitsplatz

In der relativ kleinen Gruppe derer, die sich konkret um ihren eigenen Arbeitsplatz sorgen, ist Sparen hingegen das Motto der Stunde. Fast die Hälfte gibt an, aufgrund der Angst vor Arbeitslosigkeit mehr zu sparen. Mit 55 Prozent, die aufgrund ihrer Besorgnis weniger ausgeben, ist hier auch der Gürtel am engsten geschnallt.

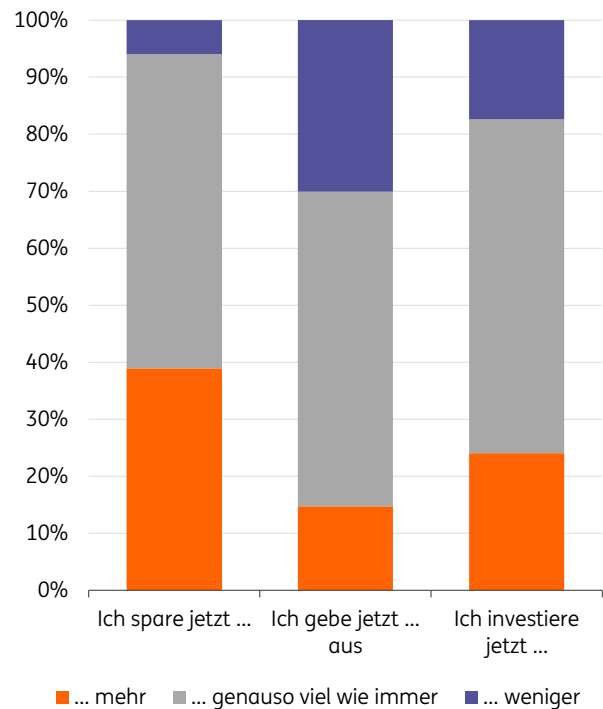
Zahlenmäßig ebenfalls gering ist die Gruppe derer, denen vor allem Volatilität an den Aktienmärkten Angst macht. Und trotz der Sorge um mögliche Verluste ist dies die einzige Gruppe, in der beim Investieren das „mehr“ überwiegt – möglicherweise aber auch gerade deswegen, falls man sich darauf einstellt, nach Kursverlusten günstig nachzukaufen.

Abb. 4 „Inwieweit beeinflusst die Unsicherheit bezüglich eines möglichen Arbeitsplatzverlusts Ihr Verhalten in Bezug auf die folgenden Aspekte?“



Quelle: ING Consumer Research

Abb. 5 „Inwieweit beeinflusst die Unsicherheit bezüglich Volatilität/Verlusten am Aktienmarkt Ihr Verhalten in Bezug auf die folgenden Aspekte?“



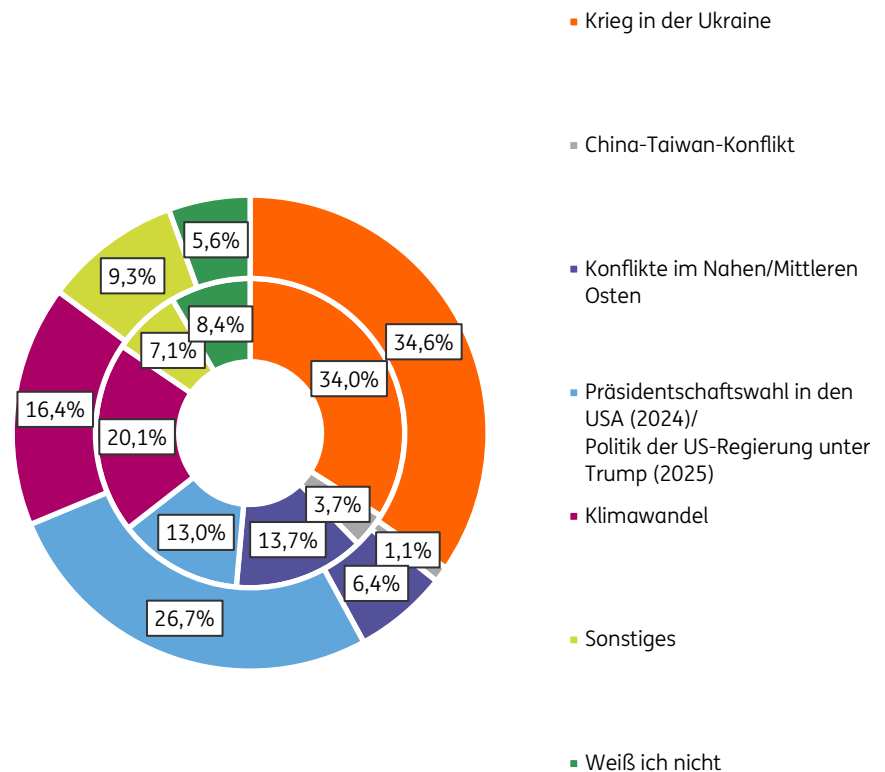
Quelle: ING Consumer Research

Nachkaufen nach Kursverlusten – das wird der eine oder andere Anleger sicherlich Anfang April getan haben. Nachdem am euphemistisch als „Liberation Day“ bezeichneten 2. April die US-Regierung hohe Zölle auf Importe aus aller Welt in die USA ankündigte (und in den meisten Fällen wenig später wieder aussetzte), reagierten die Aktienmärkte mit drastischen Kurseinbrüchen.

Der Ukraine-Krieg bleibt der wichtigste Unsicherheitsfaktor – aber Trump holt auf

Aber nicht nur im Hinblick auf die reichlich unkonventionelle Zoll- und Handelspolitik nehmen die Deutschen das erratische Vorgehen der Trump-Regierung zur Kenntnis, die auch die NATO in Frage stellt und im Inland Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit weckt.

Abb. 6 „Im Hinblick auf geopolitische Unsicherheit, welche der folgenden Situationen bereitet Ihnen derzeit die größten Sorgen?“, innen: 2024, außen: 2025



Quelle: ING Consumer Research

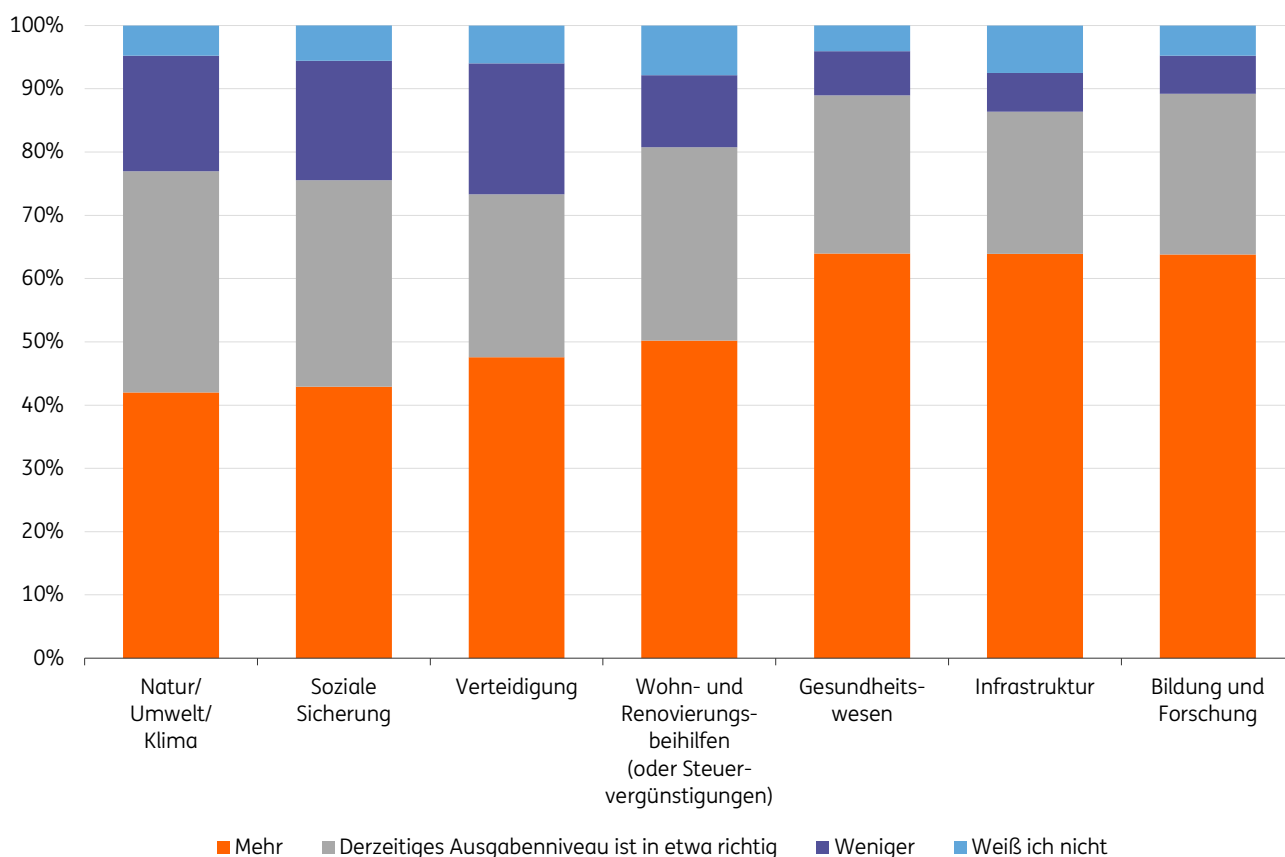
Dieser Aspekt der weltweiten Sicherheitslage schiebt sich damit von Platz 4 auf Platz 2 der größten geopolitischen Sorgen der Deutschen, gleich hinter dem Krieg in der Ukraine. Der Zuwachs erfolgte vor allem auf Kosten der Antworten „Klimawandel“ und „Konflikte im Nahen/Mittleren Osten“ – allerdings fand die Befragung Anfang Juni statt und somit noch vor den israelischen und US-amerikanischen Luftschlägen gegen Anlagen des iranischen Atomprogramms.

Mehr Geld für Rüstung? Mehr Geld für alles!

Die schon länger erhobene amerikanische Forderung nach höheren Verteidigungsausgaben der anderen NATO-Länder hat mit der in Frage stehenden Verlässlichkeit des stärksten Bündnispartners an Dringlichkeit gewonnen. Dies zeigte sich unter anderem in der Reform der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse, der neben einer Ausnahme für ein kreditfinanziertes Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz auch eine Ausnahme für erhöhte Verteidigungsausgaben hinzugefügt wurde.

Allerdings sind den Deutschen offenbar andere Staatsausgaben mehrheitlich wichtiger. Wie bereits vor einem Jahr wurde auch nun wieder abgefragt, ob die Umfrageteilnehmer sich zu bestimmten Kategorien staatlicher Ausgaben einen höheren oder einen niedrigeren Etat wünschen würden. Wie schon im Vorjahr stimmten in allen Kategorien mehr Befragte für höhere als für niedrigere Ausgaben.

Abb. 7 „Glauben Sie, dass die deutsche Regierung mehr oder weniger für die folgenden Ausgabenkategorien ausgeben sollte?“



Quelle: ING Consumer Research

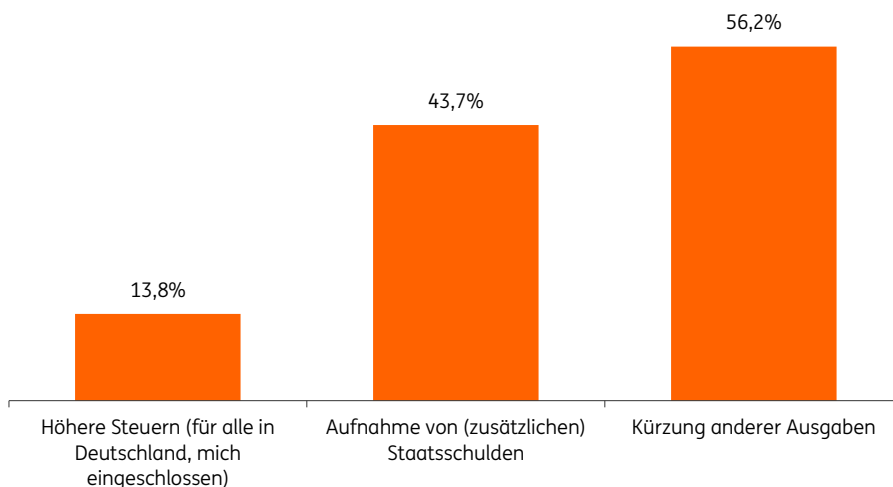
Zwar ist der Bereich Verteidigung nicht mehr wie im letzten Jahr der mit der geringsten Zustimmung zu Mehrausgaben. Aber die Differenz zwischen dem Anteil, der für höhere Ausgaben votiert, und dem, der weniger Geld ausgeben will, liegt wie auch beim Themenkomplex Umwelt/Klima und den sozialen Sicherungssystemen nur bei etwa 25 Prozentpunkten. Die gegenüber dem Vorjahr neu eingeführte Position von Beihilfen zu Wohn- und Renovierungskosten liegt bei fast 40, Gesundheit, Infrastruktur und Bildung/Forschung nahe bei 60 Prozentpunkten Differenz. Diese Aspekte scheinen den Deutschen also mehr am Herzen zu liegen als das schwierige Thema Verteidigung.

Keine Mehrheit für schuldenfinanzierte Aufstockung der Verteidigungsausgaben

Nichtsdestotrotz kann es wohl als sicher gelten, dass Deutschland in Zukunft deutlich mehr für seine Verteidigung ausgeben wird als bislang. Aber auch wenn die Reform der Schuldenbremse, die vor Amtsantritt der neuen Bundesregierung noch der alte Bundestag per Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen hatte, die Finanzierung dieser Mehrausgaben über eine Kreditaufnahme ermöglicht, ist damit noch kein entsprechender Haushaltsplan beschlossen.

Tatsächlich würde sich eine Mehrheit der Deutschen wünschen, diese Ausgaben anderweitig zu bestreiten. 14 Prozent votieren dabei für höhere Steuern; über die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass der nötige Spielraum im Haushalt durch Kürzungen in anderen Bereichen geschaffen werden sollte. Angesichts der unzähligen Budgetpositionen eines Bundeshaushalts wurde darauf verzichtet abzufragen, wo genau diese Kürzungen erfolgen sollten. Der Blick auf die Präferenzen zu Mehr- und Minderausgaben legt aber nahe, dass Umwelt/Klima und Soziales die bevorzugten Streichkandidaten wären.

Abb. 8 „Davon ausgehend, dass die Verteidigungsausgaben steigen werden – wie sollten diese Ausgaben Ihrer Meinung nach finanziert werden?“



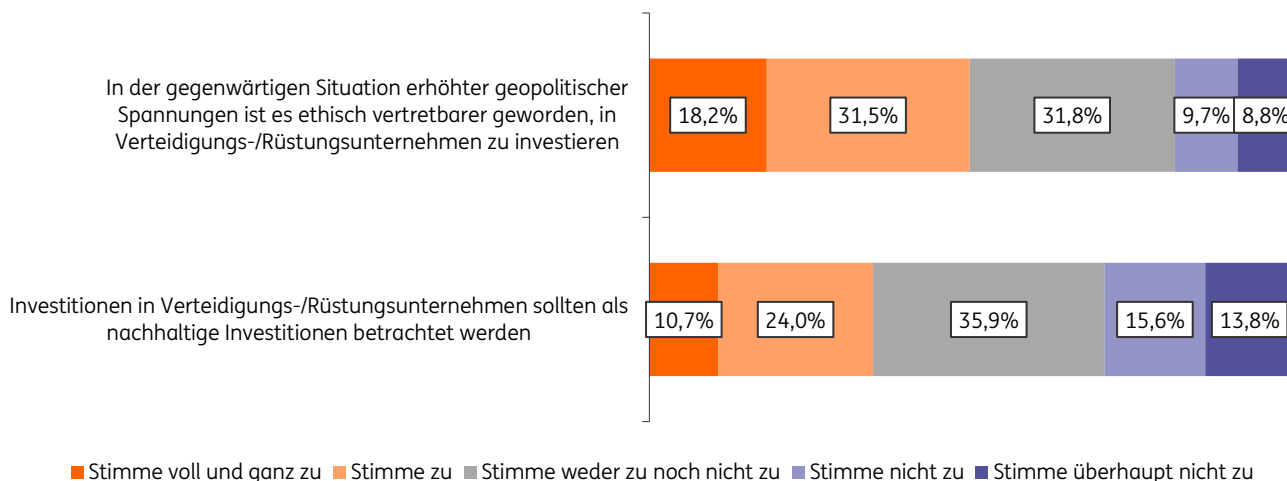
Mehrfachnennungen möglich; Quelle: ING Consumer Research

Besseres Image für Rüstung durch Krisenzustand?

Um militärische Fähigkeitslücken zu schließen und Bestände zu modernisieren bzw. aufzubauen, ist es aber nicht nur erforderlich, dass Regierungen das Geld für eine entsprechende Nachfrage in die Hand nehmen. Dieser Nachfrage muss auch ein entsprechendes Angebot von Seiten der Rüstungsindustrie gegenüberstehen, für die sich zum Aufbau der benötigten Kapazitäten ein Kapitalbedarf ergibt. Diesen zu decken ist in den vergangenen Jahren tendenziell schwieriger geworden, seitdem vor allem ethisch und/oder nachhaltig orientierte Anlagekonzepte ein Investment in Rüstungsunternehmen ausschließen.

Dies ist aber nach Ansicht von rund der Hälfte der Deutschen nicht in Stein gemeißelt. Für fast 50 Prozent ergibt sich aus der veränderten sicherheitspolitischen Lage auch ein anderer Blick auf die ethische Vertretbarkeit eines solchen Investments. Etwas geringer fällt hingegen die Zustimmung zu dem Vorschlag aus, Investitionen in Unternehmen der Rüstungsindustrie als nachhaltig einzustufen.

Abb. 9 „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu bzw. nicht zu?“



Quelle: ING Consumer Research

Hintergrund dieser Diskussion ist die sogenannte EU-Taxonomie, ein Regelwerk, das Kriterien festlegt, nach denen wirtschaftliche Tätigkeiten als nachhaltig klassifiziert werden können. Das Ziel ist es, Investitionen in nachhaltige Aktivitäten zu erleichtern. Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass Investments in Branchen, die nicht von der Taxonomie erfasst werden, künftig tendenziell erschwert würden – nach aktuellem Stand auch in der Rüstungsindustrie.

Verbraucherstimmung dürfte sich nicht so schnell wieder aufhellen

44 Prozent der Deutschen sehen ihre eigene finanzielle Situation am ehesten von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage bedroht. Eine so unspezifische Wahrnehmung bietet kaum Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Stimmung. Und auch die 40 Prozent, die sich vor allem um die Inflation Sorgen, könnten sich bestätigt sehen, wenn sich die angespannte geopolitische Lage in dauerhaft höheren Energiepreisen niederschlagen sollte – Energiekosten waren bereits der wesentliche Treiber der Rekordinflation 2022. Unter diesen Umständen ist eine schnelle Erholung des Konsumklimas nicht zu erwarten – vom Privatkonsum werden 2025 wohl keine großen Impulse zur wirtschaftlichen Erholung ausgehen.

In geopolitischer Hinsicht nehmen die Deutschen weiterhin den Krieg in der Ukraine als größten Unsicherheitsfaktor wahr. Ein baldiges Ende der dortigen Kämpfe ist aktuell nicht abzusehen – aber auch nicht ausgeschlossen, denn maßgeblich ist hier vor allem der politische Wille der Beteiligten. Und die Person mit der größten Möglichkeit zur Einflussnahme auf diesen Willen dürfte Donald Trump sein. So könnte es ironischerweise der in der Wahrnehmung der deutschen Verbraucher zweitgrößte geopolitische Unsicherheitsfaktor sein, der es in der Hand hat, den größten zu beenden.

Näheres zu unserer Umfrage

Ziel der mehrmals jährlich durchgeführten Umfrage ist es, zu einem besseren Verständnis für die finanzielle Entscheidungsfindung von Konsumenten zu gelangen. Die Umfrage wurde vom Ipsos Meinungsforschungsinstitut in Form einer Onlinebefragung mit rund 1.000 Teilnehmern durchgeführt.

Disclaimer / wichtige rechtliche Hinweise

Diese Veröffentlichung wurde von der volkswirtschaftlichen Abteilung der ING Deutschland („ING“) zu reinen Informationszwecken erstellt, ohne Berücksichtigung von Anlagezielen, finanzieller Situation oder Mitteln einzelner Nutzer/Leser. Die Informationen in dieser Veröffentlichung stellen weder eine Anlageempfehlung noch eine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung oder ein Angebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments dar. Mit angemessener Sorgfalt wurde darauf geachtet, dass die Angaben in dieser Veröffentlichung nicht unzutreffend oder irreführend sind; ING gewährleistet nicht ihre Genauigkeit oder Vollständigkeit. ING haftet nicht für Schäden, die direkt, indirekt oder mittelbar aus der Nutzung dieser Veröffentlichung entstehen. Wenn nicht anders angegeben, sind alle Ansichten, Voraussagen oder Einschätzungen allein die des Autors oder der Autoren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung und können sich ohne Ankündigung ändern

Die Verbreitung dieser Veröffentlichung kann durch Gesetz oder Verordnung in verschiedenen Rechtsordnungen eingeschränkt werden. Wer in den Besitz dieser Veröffentlichung gelangt, sollte sich über derartige Einschränkungen informieren und diese beachten.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung und der zugrunde liegende Datenbestand sind urheberrechtlich geschützt. Wiedergabe, Vertrieb oder Veröffentlichung sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der ING gestattet. Alle Rechte sind vorbehalten. Die ING Deutschland wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt. Die ING Deutschland hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 7727.